Infostand Friedensbündnis Karlsruhe zur Fregatte "Karlsruhe"
am 9. Dezember 2016 von 15:30 Uhr bis 17 Uhr auf dem Ludwigsplatz

Sonnhild Thiel hinter dem Infostand mit zwei gerade platzierten Plakaten

Die Karlsruher Friedensbewegung hat nach den monatelangen erfolglosen Protesten zur Abwehr der Fregatten-Verabschiedung gegenüber der Stadt und der BNN-Pressekampagne klug gehandelt:

- Am 9. Dezember werden Infoblätter für den Frieden und gegen die Militarisierung auf dem Ludwigplatz an die Passanten verteilt. Nachfolgend einige Flyer.
- Am 10. Dezember wird die Fregatten-Verabschiedung im Rathaus (Kasten rechts unten) rechts liegen gelassen und zur Demonstration gegen die Mandatsverlängerungen der Kriegseinsätze der Bundeswehr um 13.00 Uhr in Stuttgart aufgerufen und danach 17.00 Uhr zur Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises des Vereins „Die AnStifter" in Theaterhaus an Jürgen Grässlin für dessen unermüdliches Engagement gegen Rüstung und Waffenexporte.

Patenschaft beendet

Die Patenschaft der Stadt Karlsruhe mit der Fregatte "Karlsruhe" der Bundesmarine ist beendet

das freut uns sehr

Jahrzehntelang warb die Bundesmarine in Karlsruhe – und die Stadt Karlsruhe für die Bundesmarine. Die Patenschaft der Stadt mit der Fregatte "Karlsruhe" diente dazu, für den Auftrag der Bundesmarine und für Nachwuchs bei Marine und Heer zu werben: z. B. am "Patenschaftstag" auf dem Karlsruher Christlindlsmarkt – aber auch bei Empfängen und anderen offiziellen Anlässen der Stadt.

Die Friedensbewegung in Karlsruhe fordert seit Jahren die Beendigung dieser Patenschaft. Denn: Der Auftrag der Bundesmarine – Friedenssicherung durch Abschreckung – ist unerfüllbar und teuer.

- Militärische Gewalt löst keine Probleme
- Militärische Gewalt führt lediglich zu noch mehr Gewalt
- Gewaltfreie Aufstände sind deutlich häufiger erfolgreich und erreichen ihre Ziele nachhaltiger
- Sie kosten weniger Menschenleben, selbst wenn sie gegen brutale, menschenverachtende Regime angehen müssen

Dies haben die Politikwissenschaftlerinnen Professor Dr. Erica Chenoweth und Dr. Maria Stephan in einer profunden empirischen Studie nachgewiesen. In der die 126 gewaltfreie Aufstände zwischen 1900 und 2006 detailliert untersucht haben. (*"Why Civil Resistance Works" Chenoweth/Stephan, New York 2012*).

Karlsruhe mit Recht. zivil.

Wir fordern die Stadt Karlsruhe auf, keine neuen Patenschaften mit Kriegsschiffen anzustreben, auch nicht mit anderen militärischen Einrichtungen, sondern sich stattdessen nachhaltig für eine gewaltfreie Friedenspolitik einzusetzen, konkret z.B. die Durchsetzung der Zivilklausel am KIT! Wir unterstützen ausdrücklich die Städtepartnerschaften, die Mitgliedschaft der Stadt bei den "Mayors for Peace" und alle weiteren Schritte, die dem friedlichen Miteinander dienen.

Die Stadt Karlsruhe hat die Patenschaft zur Fregatte Karlsruhe leider nicht beendet, um ein Zeichen für eine andere Sicherheitspolitik zu setzen – sondern weil die Fregatte außer Dienst gestellt wird. Die Bundesregierung stellt die Fregatte "Karlsruhe" nicht außer Dienst, um die Marine abzurüsten – sondern um sie zu modernisieren. Selbst als Wrack soll die "Karlsruhe" der Militärforschung und damit der Aufrüstung dienen. Die inwirtrechtliche Dienststelle der Bundeswehr in Eckernförde soll die "Karlsruhe" für ansprengversuche nutzen, um so "bessere konstruktionsgrundlagen für künftige Marineschiffe zu entwickeln" (*Marineforum 9-2014*).

Es ist höchste Zeit, dass wir unsere Sicherheitspolitik umstellen:
Weg von militärischer Abschreckungspolitik – hin zu einer zivilen, gewaltfreien Friedenspolitik

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen (DFG-VK), Friedensbündnis Karlsruhe
c/o D.P.: Sonnhild Thiel, Adenauerstr. 9, 76135 Karlsruhe

Friedensbündnis Karlsruhe

An Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
Stadt Karlsruhe
76124 Karlsruhe
dezt1@karlsruhe.de

c/o Sonnhild Thiel, Arno Neuber
22. November 2016

Unwürdige Militärtradition der Stadt Karlsruhe beenden

Werter Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup,
bitte beenden Sie eine Tradition der Stadt, Militärs zu ehren, die Menschenrechte missachten!

- Der Karlsruher Luftwaffenoffizier Hans-Henning von Beust war als Kommandeur der Nazi-Truppe "Legion Condor" beim "Terrorangriff am 26. April 1937 den Tod auf die Stadt Guernica, bei dem mehr wie Zivilisten, Kinder, Frauen und Alte getötet wurden. Das war Beihilfe für die Putschisten unter Franco zur Beseitigung der 1936 gewählten Regierung der spanischen Republik. Ab 1957 baute von Beust die neue Luftwaffe der Bundeswehr mit auf. Bis zu seinem Ausscheiden Ende 1961 war er als Generalleutnant Befehlshaber der Luftwaffengruppe Nord.
- Der in Karlsruhe ansässige Befehlshaber der Luftwaffengruppe Süd war ab 1962 Johannes Trautloft, der ebenfalls an den Nazi-Angriffen in Spanien beteiligt war. In seinem Buch „Als Jagdflieger in Spanien" schreibt er: „Wir dürfen kämpfen, und das genügt, das befriedigt uns vollauf. Hier, scheint's, sind uralte Instinkte, lange verschüttet gewesen, die frischrote des Jägers plötzlich wieder durchgebrochen. Wir haben zurückgefunden zu den Anfängen der Menschlichkeit, eine Verheißung, dass die Zeit unserer weißen Rasse noch lange nicht um ist. Wie spielig ist das Gezeter, wir seien in die Barbarei zurückgefallen.« Dieser Nazi-Kriegsverbrecher war ebenso wie von Beust am Aufbau der Bundeswehr beteiligt. Gegen Trautloft gab es in den Jahren um 1958 in Karlsruhe öffentliche Proteste
- In Vorträgen und Broschüren zu 80 Jahre Spanien haben Brigitte und Gerhard Brändle auch daran erinnert, dass die damalige Fregatte KARLSRUHE vor der spanischen Küste kreuzte, angeblich zum Schutz der dort lebenden Deutschen, tatsächlich aber als Teil der Seeblockade, um Lieferungen für die rechtmäßige Regierung Spaniens zu verhindern. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Karlsruhe (Zweigwerk Lübeck) liefert ab 1936 Patronen für die "Legion Condor".
- Die neue Fregatte KARLSRUHE wurde mit modernster Technik ausgerüstet und hat im Mai 2015 im Mittelmeer über 500 Menschen in Seenot allein gelassen, trotz abgesetzter Notrufe über Satellitentelefon. Angeblich, weil die Einsatzleitung nicht wusste, wo das Boot ist. Mit Drohnen können heute Gegenstände bis auf 10 m erkannt werden. Vom Schiff gestartete Hubschrauber können jederzeit zur Soforthilfe eingesetzt werden. Flüchtlinge in Seenot auf einem Holzboot trotz überlegener Militärtechnik angeblich nicht finden können, ist für uns ein Indizienbeweis für Flüchtlingshinderung.
- Die Ungleichwertigkeit dieses „Skandals geschehen und passiert haben" kann auch aufgrund von Forschungen innerhalb der Mauern unserer Stadt nachgewiesen werden. In einer Zivilklausel-Veranstaltung am KIT am 14. November wurde die Verschmelzung von zivilen und militärischer Forschung in Gestalt der Personalunion von Prof. Beyerer als KIT-Institutsleiter und als Institutsleiter des Bundeswehr-finanzierten Fraunhofer-Instituts IOSB analysiert. KIT/IOSB forscht u.a. an der Verbesserung der Ortungs- und Überwachungstechnologie für Marine-Kriegsschiffe. Karlsruhe ist demnach nicht nur Namensgeber für ein unwürdiges Kriegsschiff, sondern auch Technologie-Lieferant für künftige Kriegsschiffe und andere deutsche Kriegswaffen.
- In dem diesem Kontext für eine offene Kriegsprache bekannte BNN hatte die Fregatte KARLSRUHE am 12. November an „Die Besatzung hat mit ihrem Schiff die Deutsche Marine und die Stadt Bremen während der Deutsch-Polnischen Woche vertreten. Der Aufenthalt in Danzig war eine ganz besondere Ehre für die Besatzung und ihr Schiff. Unser Oberbürgermeister, wo die Schiffspartnerin des damaligen Linienschiffs „Schleswig-Holstein" den Beginn des Zweiten Weltkrieges einläutete, wurde die Fregatte „Karlsruhe" von Vertretern des Landes Polen und der Stadt Danzig herzlich begrüßt.« Das ist zum 77. Jahrestag des Kriegsbeginns, der mit dem Nazi-Überfall auf Polen begann, eine schwer überbietbare Perversität.

Bitte helfen Sie, die Ehrung von unwürdigen Militärs im Namen unserer Stadt zu beenden. Die Ehrung der Fregatte KARLSRUHE kann nach dem vielfach geäußerten und gut begründeten Protest verhindert werden. Dafür muss man kein Pazifist sein. Mit ihrer Mitgliedschaft in der „Mayor for Peace"-Weltgemeinschaft haben Sie bereits ein überzeugendes Friedenszeichen gesetzt.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Friedensbündnis Karlsruhe

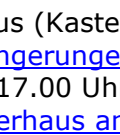
gez. Kurt Rentschler — kurentschler@t-online.de
Dietrich Schulze — dietrich.schulze@gmx.de
Susanne Winter — susawi@posteo.de

Pressemitteilung einer Personen-Initiative vom 25. April 2016

Kriegsschiff „Karlsruhe" verschrotten!

Dafür sollte die Patenstadt der Bundeswehr-Fregatte plädieren, nachdem für Ende des Jahres deren Einsatz auf den Weltmeeren beendet werden soll.

BNN-Autor Theo Westermann hatte die staunenden Öffentlichkeit am 20. April breitflächig im Stil einer Kriegsverherrlichung mitgeteilt, dass fünf stolze Patenschafts-Kriegsschiffe mit dem Namen der Stadt seit dem Ersten Weltkrieg eingesetzt wurden. OB Dr. Mentrup werde die Marine-Besatzung der letzten „Karlsruhe" (F-122) in einem Festakt würdig verabschieden.



Zur Begründung der Verschrottungsforderung wollen die Unterzeichner* hinen daran erinnern, dass diese Fregatten an Kriegsverbrechen beteiligt waren, dass es Karlsruher Proteste gegen solche Patenschaften gab und wofür die Marine die „verbesserte" Klasse F-125 braucht.

Vor 4 Jahren wurde im Rathaus die 109-jährige Patenschaft der Stadt mit einem Festakt gefeiert, wohlgemerkt im Einsatz in zwei fürchtbaren von Deutschland ausgelösten Weltkriegen. Vor dem Rathaus der Protest des Friedensbündnisses (Bild mit Ulli Thiel am Transparent).

Die „Karlsruhe" Nr. 1 galt im Ersten Weltkrieg als „Schrecken der Meere" und verbreitete Tod und Verderben. Die „Karlsruhe" Nr. 3 wurde 1937 vom Nazi-regime in spanischer Gewässer zur Unterstützung der Franco-Faschisten gegen die spanische Republik geschickt. 1940 wurde sie am Überfall auf die neutralen Länder Dänemark und Norwegen beteiligt.

Welchen hochproblematischen militärischen Zwecken die „Karlsruhe" Nr. 5 diente, kann im Rüstungsatlas Baden-Württemberg von IMI e.V. aus dem Jahre 2012 studiert werden. Uns liegt außerdem die Studie „Militarismus wie gehabt?" des Christlichen Friedensforums Karlsruhe von 1989 vor, in der anhand von aufschlussreichen historischen Dokumenten die Beendigung der Patenschaft gefordert wurde.

Bereits vor 4 Jahren war die Bau von vier Fregatten des neuen Typs F-125 mit der gigantischen Summe von 2,6 Mrd. Euro in Auftrag gegeben worden. Diese sind für die weltweite Kriegführung ausgerüstet und bewaffnet. Die Marine soll zur „Expeditionary Navy" werden, d.h. „auch in großer Entfernung und vor allem unter Beteiligung von fremden Küsten eingesetzt werden" (O-Ton Marine). Das erinnert fatal an die Kanonen-Bootpolitik des deutschen Kaiserreiches vor dem Ersten Weltkrieg.

Ulli und Sonnhild Thiel hatten viele Jahre lang erfolglos bei Vorgänger-OB Fenrich dafür geworben, dass Karlsruhe den 2003 geschaffenen, weltweiten Bündnis der Bürgermeister für den Frieden „Mayors for Peace" beitritt. Am 20. Mai 2014 hatte der Gemeinderat schließlich beschlossen, dem Wunsch von OB Dr. Frank Mentrup zu folgen und der Initiative "Mayors for Peace" beizutreten. Bei der Gedenkveranstaltung am 16. April zu Ulli Thiels zweitem Todestag (Schöpfer der Losung „Frieden schaffen ohne Waffen") erinnerte Bürgermeister Klaus Stapf als Vertreter der Stadt an diese Leistung der Thiels und das vor 2 Jahren gesetzte Zeichen der Stadt. Ulli durfte das leider nicht mehr erleben.

Von deutschem Boden ist genug Unheil ausgegangen. Schluss mit Waffenexporten und Kriegseinsätzen. Rüstungskonversion statt Aufrüstung. Ersatzlose Kündigung der Kooperationsvereinbarung Schulen / Bundeswehr in Baden-Württemberg; Keine Bundeswehr-Werbung in Schulen, Hochschulen und Ausbildungsmessen.

Es wäre gut, wenn die Vertreter der Stadt - OB und Gemeinderat - ein weiteres Zeichen setzen könnten: Die Forderung an die Bundeswehr und das Bundesverteidigungsministerium nach Verschrottung der ausgemusterten Fregatte „Karlsruhe" zu unterstützen als Zeichen gegen deutsche Waffenexporte (neue oder gebrauchte) und auch gegen den Missbrauch des Kriegsschiffs als Anschauungs- und Erziehungsobjekt der Jugend zum Militärischen. Überzeugender Schlusspunkt sollte sein: Den Schrottwert für soziale Zwecke spenden!

Uwe Borchert, Dagmar Hamdi, Jens Karay, Arno Neuber, Kurt Rentschler, Dietrich Schulze, Sonnhild Thiel, Wolfgang Weber
Kontakt: Dr. Schulze, dietrich.schulze@gmx.de, Winterstr. 27, 76137 Karlsruhe

Offener Brief an KIT
- **Atomwaffen ■ Thorium-Reaktor ■ Finanzströme**
- **Near- und Rüstungsforschung ■ Verfassung**
- **Zivilklausel**

INITIATIVE GEGEN MILITÄRFORSCHUNG AN UNIVERSITÄTEN

Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
c/o Dietrich Schulze

mit Unterstützung des Friedensbündnisses

7. Dezember 2016

Karlsruher Institut für Technologie
Präsident Prof. Dr. Holger Hanselka
Kaiserstraße 12
76131 Karlsruhe
praesident@kit.edu

Sehr geehrter Herr Prof. Hanselka,

bitte entnehmen Sie dem Bericht in der Neuen Rheinische Zeitung [1] Fakten über die Beteiligung des KIT an einem Thorium-Flüssigkeitsreaktor, mit dem die direkte Produktion hochreinen atomwaffenfähigen Urans ohne Wiederaufarbeitung ermöglicht wird. Das ist weltpolitisch unverantwortlich und ein eklatanter Verstoß gegen die KIT-Zivilklausel für Großforschungsaufgaben.

Der FAZ vom 27. November [2] konnten Sie entnehmen, dass es erneut einflussreiche Kreise gibt, die darauf schielen, eine "eigene nukleare Abschreckungsfähigkeit, welche die Zaserfer an amerikas Garantien ausgleichen könnte" zu erwerben. Diese großmachtpolitischen Kreise, die von dieser KIT-Forschung profitieren, treten seit 2008 Ex-Bundespräsidentenkandidat Joachim Gauck an. Gauck ist in der Öffentlichkeit für die Verbauung der KIT-Zivilklausel verantwortlich. Gauck (CT-Pastor) hat bereits im Vorgängerjahr der Prager Bernhard Umbach, hat 2012 wahrheitswidrig behauptet, das KIT könne gar keine Atomwaffen machen! [3].

Sie selbst treten an die Öffentlichkeit mit der Forderung nach gemeinsamen Finanzströmen für die beiden Teile [4] Ostpolitik hinzu und Gauck [5]. Sind Sie sich nicht bewusst, dass es verfassungsrechtliche Gründe für die Trennung der Finanzströme gibt? Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion 2009 im Bundestag zur Zivilklausel [6] ergab folgende Antwort der Bundesregierung:

„Frage 4: Welche Gründe sprechen heute aus Sicht der Bundesregierung für eine Beibehaltung der Trennung von Nuklearforschung und Rüstungsforschung am KIT? Antwort: Aus Sicht der Bundesregierung ist die Trennung von Nuklearforschung und Rüstungsforschung am KIT beibehalten. Aus verfassungsrechtlichen Gründen ist die Finanzierung für die Beteiligung an Forschungsaufgaben gemäßgemeinem Großforschungsaufgabe und der Universitätsaufgabe ohnehin weiterhin getrennt."

Studierende und ASTA hatten am 14. November im Rettenbacher-Hörsaal eine bewegende Zivilklausel-Veranstaltung organisiert [7], in der die Rüstungsforschung KIT/IOSB angeprangert und an die Studierenden-Forderung von 2009 nach der Zivilklausel für das gesamte KIT erinnert wurde.

Sie beklagen die „verschiedenen Kulturen" im KIT. Zwecks Verständnisfördung der Kulturen haben wir vier Vorschläge: Unterstützen Sie **a** die berechtigten sozialen Forderungen der KIT-Beschäftigten vertreten durch den Personalrat und **b** die sozialen Forderungen der KIT-Studierenden vertreten durch den ASTA. Sorgen Sie dafür **c** die Rüstungskooperation KIT/IOSB zu beenden und **d** die Thorium-Reaktorforschung (Reaktoren IV. Generation) ersatzlos zu beenden und damit den beschlossenen Atomausstieg glaubwürdig zu realisieren.

Der neuen Aufklärungsweise muss eine Kultur des Friedens und der Zusammenarbeit für eine zivile Entwicklung der Welt entgegengesetzt werden, um der weltweiten Gerechtigkeit willen und vor allem, um einen finalen atomaren Weltkrieg verhindern zu helfen.

Wir sind gespannt auf Ihre Antworten zu unseren vier Vorschlägen und bitten Sie um Information der zuständigen KIT-Gremien. Wegen des öffentlichen Interesses an dieser Frage erlauben wir uns, parallel die Presse zu informieren.

[1] http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23345
[2] http://www.faz.net/aktuell/politik/kein-e-amerika/nach-donald-trump-sieg-deutschland-muss-aussenpolitik-aendern-14047858.html
[3] http://www.stern.de/politik/deutschlandkurs-verteidigungsministerin-schaetzt-edu-politiker-liebaeugelt-mit-atombomben-fuer-merkel-3499234.html
[4] http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18682
[5] http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20161202bnn.pdf
[6] http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/131/1613773.pdf
[7] http://www.stattweb.de/files/civil/Doku2016111ds.pdf

Kontakt: Dr. Dietrich Schulze, Winterstr. 27, 76137 Karlsruhe dietrich.schulze@gmx.de
WebDokumentation der Initiative http://www.stattweb.de/files/DokuKITCivil.pdf

23. Kasseler Friedensratschlag am 3./4. Dezember 2016 an der Uni Kassel

ATOMWAFFEN RAUS AUS DEUTSCHLAND

Abschlusserklärung

Liebe Freundinnen und Freunde,

an ebenso vielen Orten ist mich bei allen bedanken, die zum guten Gelingen unseres Ratschlags vor und hinter den Kulissen beigetragen haben. Ohne Euch könnte dieser Ratschlag nicht stattfinden. Wir stehen vor immensen weltpolitischen Herausforderungen!

Die Gefahr eines großen Krieges wächst. Statt einer Politik der Entspannung gegenüber Russland will die deutsche Regierung diese Gefahr mit einer Politik der Konfrontation gegenüber Russland und mit Soldatenmen, Ausrüstung, Waffen, Logistik, Forschung, Ausbildung und Waffenexporten auf der ganzen Welt. Eingebunden zweier Erdteile Europa und Asien, Russlands Kriegsgegner in beiden ersten Weltkriegen und Weltkriegsopfer zerstörten fordern wir:

- **Die Waffen nieder**
- **Aber Kriege beenden**
- **Kooperation statt Konfrontation**
- **Abrüstung**
- **Internationale Solidarität und ...**

Wir sind gespannt auf Ihre Antworten zu unseren vier Vorschlägen und bitten Sie um Information der zuständigen KIT-Gremien. Wegen des öffentlichen Interesses an dieser Frage erlauben wir uns, parallel die Presse zu informieren.

[1] http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=23345
[2] http://www.faz.net/aktuell/politik/kein-e-amerika/nach-donald-trump-sieg-deutschland-muss-aussenpolitik-aendern-14047858.html
[3] http://www.stern.de/politik/deutschlandkurs-verteidigungsministerin-schaetzt-edu-politiker-liebaeugelt-mit-atombomben-fuer-merkel-3499234.html
[4] http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18682
[5] http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20161202bnn.pdf
[6] http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/131/1613773.pdf
[7] http://www.stattweb.de/files/civil/Doku2016111ds.pdf

Kontakt: Dr. Dietrich Schulze, Winterstr. 27, 76137 Karlsruhe dietrich.schulze@gmx.de
WebDokumentation der Initiative http://www.stattweb.de/files/DokuKITCivil.pdf

Foto und Zusammenstellung Dietrich Schulze Initiative gegen Militärforschung an Universitäten WebDoku
Flyer bitte anklicken zum Lesen im Quellformat

BNN 26.11.2016
Feierstunde zum Abschied der Fregatte

tw. Die Stadt wird sich bei einer Feierstunde am Samstag, 10. Dezember, im Bürgersaal des Rathauses (15.30 Uhr), offiziell von der Besatzung der Fregatte „Karlsruhe" verabschieden. Anlass ist die bevorstehende Außerdienststellung der Fregatte (wir berichteten mehrfach). Das Kriegsschiff der Bundeswehr ist das fünfte Schiff, das den Namen der Fächerstadt seit dem Kaiserreich über die Weltmeere trug. Die „Karlsruhe" nahm in den vergangenen Jahren an zahlreichen Einsätzen von EU, Nato und auch der UN teil. Das jetzige Schiff lief 1982 vom Stapel. Als im vergangenen Sommer klar war, dass die Fregatte ausgemustert wird, hatte OB Frank Mentrup (SPD) bereits die Feier zur Verabschiedung angekündigt, auf die intensiven Beziehungen zwischen Stadt und den jeweiligen Schiffsbesatzungen verwiesen und dies auch deutlich gegen Kritik aus den Reihen der Karlsruher Friedensbewegung verteidigt. Am Abend des 10. Dezember wird sich der Karlsruher Freundeskreis der Fregatte bei einer Veranstaltung auf dem Fahrgastschiff „Karlsruhe" von der Besatzung verabschieden.